

Henning Lobin

DUDEN

SPRACH KAMPF

Wie die
Neue Rechte
die deutsche
Sprache
instrumentalisiert

Henning Lobin

Sprachkampf

Wie die Neue Rechte die deutsche
Sprache instrumentalisiert

Henning Lobin

Sprachkampf

Wie die Neue Rechte die deutsche
Sprache instrumentalisiert

Dudenverlag
Berlin

INHALT

Vorwort	9
1 »Ein Wort – ... ein Flammenwurf«	11
<i>Sprache und Politik</i>	13
<i>Der Rechtschreibrat tagt</i>	14
<i>Warum Sprachkämpfe interessant sind</i>	17
<i>Was Sie in diesem Buch erwartet</i>	19
2 Sprachschlachten	22
<i>Der Kampf gegen Fremdwörter</i>	23
<i>»Deutsch ins Grundgesetz!«</i>	24
<i>Die AfD beantragt die Grundgesetzänderung</i>	26
<i>»Sprachliche Diskriminierung« – Deutsch in der EU</i>	28
<i>Die Rechtschreibreform von 1996</i>	31
<i>Der Rechtschreibkampf geht in die Verlängerung</i>	33
<i>»Politische Korrektheit« oder Rücksichtnahme?</i>	36
<i>Ein Leitfaden der Berliner Senatsverwaltung</i>	39
<i>Weitere Sprachschlachten</i>	42
3 Das Schlachtfeld »geschlechtergerechtes Deutsch«	45
<i>Worum es geht</i>	45
<i>Kritik an geschlechtergerechter Sprache</i>	48

	<i>Warum das Thema so präsent ist</i>	49
	<i>Generisches Femininum in Gesetzestexten</i>	52
	<i>Ist der Genderstern ein Rechtschreibfehler?</i>	55
	<i>Aufrufe ...</i>	58
	<i>... und Umfragen</i>	62
	<i>Anne Will gendert und Claus Kleber auch</i>	64
4	Ein Kampfverband: Der »Verein Deutsche Sprache«	67
	<i>Eine Beilage in »Forschung & Lehre«</i>	67
	<i>Der VDS legt nach</i>	71
	<i>Was für ein Verein ist der VDS?</i>	72
	<i>Der Brief eines Wütenden</i>	75
	<i>Die Pressearbeit des VDS</i>	79
	<i>Unterstützungsnetzwerke</i>	82
	<i>Der Kampfgeist des Vereins</i>	85
	<i>Wer ist eigentlich der Gegner?</i>	89
	<i>Gute und böse Sprachpolizei</i>	93
5	Das Parlament	
	als Aufmarschgebiet der AfD	96
	<i>Die AfD und der Aufruf gegen »Genderunfug«</i>	96
	<i>Die »Wiedereinführung des generischen Maskulinums« und andere Anträge</i>	98
	<i>Deutsch in der EU und in der Wissenschaft</i>	102
	<i>Über das Recht, das N-Wort sagen zu dürfen</i>	105
	<i>Der Duden, »eine Ideologiehilfe zur Durchsetzung linker Politik«</i>	107
	<i>Ein Blick ins Grundsatzprogramm der AfD</i>	110
	<i>Sprachpolitik bei anderen Parteien</i>	114
	<i>Der VDS und die Parteien</i>	117
	<i>Was ist der VDS für die AfD?</i>	122

6 Sprachkampf – identitäre Politik mit anderen Mitteln	125
<i>Kulturelle »Identität« – Patriotismus für das Bildungsbürgertum</i>	125
<i>Sprachnationalismus bis 1945</i>	128
<i>Von kultureller Identität zu identitärer Sprachpolitik</i>	130
<i>Elemente einer identitären Sprachpolitik</i>	134
7 Frontbesichtigung: Spaziergang durch ein umkämpftes Biotop	137
<i>Metaphern für Sprachideologien</i>	137
<i>Das Biotop als Sprachmetapher der Wissenschaft</i>	139
<i>Einige Vorschläge: Geschlechtergerechte Sprache</i>	141
<i>Sollte der Genderstern Teil der amtlichen Rechtschreibung sein?</i>	144
<i>Noch einmal: »Deutsch ins Grundgesetz«</i>	146
<i>Deutsch in der EU</i>	149
<i>Wissenschaft und Anglizismen</i>	152
<i>Ein Wort zu sprachlicher Inzivilität</i>	155
8 Eindämmungsstrategien	157
Nachwort	163
Bibliografie	165
Anmerkungen	167
Personenregister	184

VORWORT

Vielleicht ist die Sprache das, was den Menschen selbst am deutlichsten erkennbar als ein gemeinsamer Besitz gehört. Weil die Sprache, die in einem Land oder einer Region verwendet wird, von allen, indem sie sprechen oder schreiben, immer wieder reproduziert und dabei nach und nach auch verändert wird, kann man sie als eine Manifestation gesellschaftlichen Handelns, ja der Gesellschaft überhaupt verstehen. Das mag die Heftigkeit erklären, mit der öffentliche Debatten zu sprachlichen Themen häufig geführt werden. Zugleich verweisen solche Debatten – »Sprachkämpfe« nenne ich sie in diesem Buch – immer auch über das Sprachliche hinaus auf strittige Fragen in Gesellschaft und Politik überhaupt.

Das jedenfalls ist mein Eindruck von den Debatten, die ich in den letzten Jahren miterlebt habe. Es ist oftmals geradezu mit den Händen zu greifen, dass es den Beteiligten nicht nur um die Sprache als solche geht, sondern um das, was mit ihr und durch sie ausgedrückt wird: Konstanz und Veränderung, Norm und Abweichung, Vergangenheit und Gegenwart, Zugehörigkeit, Rollen, Freiheit, Zwang, Identität. Dadurch ist in mir die Idee aufgekommen, dieses Wechselspiel bezüglich verschiedener Sprachkämpfe übergreifend zu beschreiben. Entstanden ist ein Buch, das weder ein Fachbuch ist noch ein reines Sachbuch, denn es besitzt auch essayistische Elemente, in die mei-

ne eigenen Auffassungen zu den dargestellten Themen eingeflossen sind.

Sprachkämpfe sind immer auch Kämpfe um mediale Dominanz. Neben diversen Meinungsmagazinen und Blogs im Internet und ihren Echoräumen in den sozialen Medien spielen auch überregionale Tageszeitungen eine erstaunlich kämpferische Rolle. Die berühmte journalistische Maxime, sich nicht mit einer Sache gemeinzumachen, noch nicht einmal mit einer guten, wird dabei oft genug durch notdürftig in Expertentum gehüllte Einseitigkeit vorzugsweise durch einige wenige Gastautoren ersetzt. Anstatt dass die Redaktionen Motive und Gründe für die Intensität mancher Sprachkämpfe durch eigene Recherchen aufdecken, wird ihr emotionales Potenzial offenbar als eine willkommene Gelegenheit zur Kundenbindung verstanden, was sich zuweilen in langen Strängen rein affirmativer Leserbriefe manifestiert. Dass dabei die Wiederholung des immer Gleichen seine Entsprechung findet im vom »Verein Deutsche Sprache« ausgeschriebenen Wettbewerb um den »fleißigsten Leserbriefschreiber«, scheint in manchen Redaktionen entweder nicht bekannt zu sein oder als nicht relevant für eine objektive Abbildung des Meinungsspektrums angesehen zu werden.

Das vorliegende Buch kann deshalb auch als ein Kommentar zur medialen Vermittlung strittiger sprachlicher Themen gelesen werden – und wie diese in der Rezeption eine immer stärkere politische Aufladung erfahren. Es ist zu befürchten, dass dieser Prozess noch nicht an sein Ende gekommen ist. Aber es ist zu hoffen, dass der vor allem durch die Neue Rechte geschürte Sprachkampf endlich als das wahrgenommen wird, was er ist: der eigentliche Angriff auf die deutsche Sprache.

Henning Lobin, im Januar 2021

1 »EIN WORT – ... EIN FLAMMENWURF«

*Ein Wort, ein Satz –: aus Chiffren steigen
erkanntes Leben, jäher Sinn,
die Sonne steht, die Sphären schweigen
und alles ballt sich zu ihm hin.*

*Ein Wort – ein Glanz, ein Flug, ein Feuer,
ein Flammenwurf, ein Sternenstrich –
und wieder Dunkel, ungeheuer,
im leeren Raum um Welt und Ich.*

Gottfried Benn (1941)

Manchmal genügt ein Wort, um eine Karriere zu beenden. Das Wort »Hetzjagd« war so eines. Im November 2018 veranlassete es den Bundespräsidenten dazu, den damaligen Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Vergleichbares ist immer wieder passiert in der politischen Geschichte Deutschlands. Herta Däubler-Gmelin etwa konnte nach der Bundestagswahl 2002 für die SPD nicht mehr Bundesjustizministerin bleiben, nachdem bekannt geworden war, dass sie im Wahlkampf den damaligen US-Präsidenten George W. Bush mit »Adolf Nazi« verglichen hatte. In einem ganz anderen Bereich des politischen Spektrums traf es im Frühjahr 2018 den AfD-Landesvor-

sitzenden von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, der bei einer Kundgebung im Rahmen des politischen Aschermittwochs in Deutschland lebende Türken »Kameltreiber« genannt und sie der »Vielweiberei« geziehen hatte.

Das Interessante an der Demission von Hans-Georg Maaßen war jedoch nicht der Vorgang an sich, sondern warum diese schließlich vollzogen wurde. Maaßen hatte das Wort »Hetzjagd« nämlich gar nicht benutzt. Es war in der Bewertung von Ausschreitungen am Rande tagelanger rechtsgerichteter Demonstrationen in Chemnitz aufgekommen und in der politischen Bewertung immer wieder aufgegriffen worden. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel verwendete es in einer Stellungnahme. Die Bezeichnung stützte sich auf eine kurze Videosequenz, die bei einer der Demonstrationen aufgenommen worden war. Sie zeigte, wie mehrere Männer auf zwei Asylbewerber aus Afghanistan zulaufen, um sie offenkundig einzufangen, woraufhin diese flüchten. Maaßen wandte sich gegen die Bezeichnung dieser Handlungssequenz als »Hetzjagd«, indem er auf die äußeren Umstände dessen, was eine Hetzjagd üblicherweise ausmache, hinwies. Diese sah er hier als nicht gegeben an. Seine Auslegung wurde als eine Verharmlosung der Ereignisse verstanden, wodurch nach einigen Tagen ein so großer politischer und öffentlicher Druck entstand, dass eine Abberufung unumgänglich wurde. Dass Maaßen zunächst von Bundesinnenminister Seehofer, seinem Dienstherrn, als Ersatz den Posten eines Staatssekretärs in dessen Ministerium angeboten worden war, bildet nur ein kurioses Detail dieser Geschichte.

Der Verfassungsschutzpräsident hatte sich auf eine Auseinandersetzung um die Semantik eines Wortes eingelassen, eine Auseinandersetzung, die er nicht gewinnen konnte. Wörter, die in einer politischen Kontroverse verwendet werden, stellen

Deutungen her und sollen damit in eine Entscheidungsfindung einfließen. Die Frage, ob eine solche Deutung auch gerechtfertigt ist, beinhaltet eine politische Positionierung. Wenn sich ein Spitzenbeamter in einen Nahkampf zur Semantik eines in einer brisanten politischen Debatte verwendeten Wortes begibt, dann wird er selbst zu einem politischen Akteur. Eine solche Rolle darf der Leiter einer nachgeordneten Bundesbehörde, gerade wenn es sich um den Nachrichtendienst eines demokratischen Staates handelt, nicht spielen.

Sprache und Politik

Die Aufladung von Wörtern in der politischen Auseinandersetzung ist seit längerer Zeit einer der Gegenstände, mit denen sich die Sprachwissenschaft befasst.¹ Das als Politolinguistik bezeichnete Teilgebiet fragt nach der Rolle von Sprache in der Politik, von einzelnen Politikerinnen oder Politikern oder vom Sprechen über Politik. Besonders gut kann man dies an der Verwendung von Wörtern und Phrasen festmachen, die als Fahnenwörter (etwa »Energiewende« oder »Leistungsrente«), überparteiliche Hochwertwörter (»parlamentarische Demokratie«, »gesellschaftlicher Zusammenhalt«) oder kämpferische Schlagwörter (»Masseneinwanderung«) in Kontroversen gezielt eingesetzt werden. Selbst Wörter wie die in der Coronakrise sprichwörtlich gewordene »Öffnungsdiskussionsorgie« – ein Wort, das Angela Merkel möglicherweise eher aus dem Moment heraus gebildet hatte – können sich zum Zentrum politischer Debatten entwickeln, wenn in ihnen grundsätzliche Positionierungen besonders deutlich hervortreten.

Die Auffassung, dass Sprache ein zentrales Instrument der Politik ist, hat bereits eine lange Tradition – sowohl in der praktischen politischen Tätigkeit als auch in der Sprachwissenschaft.

Die Sprache des Nationalsozialismus wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein Gegenstand intensiver Forschung, und heute befassen sich Politikwissenschaftlerinnen wie Astrid Seville mit dem »Sound der Macht« oder aus linguistischer Sicht Thomas Niehr und Jana Reissen-Kosch mit der Sprache des Rechtspopulismus. Selbst Robert Habeck hat sich als aktiver Politiker in einem Buch mit dem Thema befasst und kommt darin zu dem Schluss: »In der Politik ist Sprache kein politisches Instrument neben anderen. Es gibt faktisch keine Politik vor und jenseits der Sprache.«²

Der Rechtschreibrat tagt

Neben der Sprache der und in der Politik ist aber auch Sprache selbst ein Gegenstand der Politik, die sogenannte »Sprachpolitik«. Sprachpolitik war nicht sonderlich präsent in der politischen Debatte der Bundesrepublik Deutschland in jüngerer Zeit, und auch nicht in Österreich. In offiziell mehrsprachigen Ländern jedoch wurden zum Teil erbitterte Auseinandersetzungen ausgefochten im Zusammenhang mit Sprachgesetzen. Geht es um mehrere Sprachen in ihrem Verhältnis zueinander, wird dies als »Sprachenpolitik« bezeichnet. Autonomiebestrebungen wie in Südtirol verdichten sich in Auseinandersetzungen zur Sprachenpolitik, und selbst im Rahmen der Europäischen Union mit ihren verbrieften Autonomierechten brechen diese immer wieder wie zuletzt in Katalonien hervor.

Aber auch in Deutschland haben sprachpolitische Themen wieder Konjunktur, und dieses Buch befasst sich mit den politischen und gesellschaftlichen Kämpfen, die um diese Themen herum ausgefochten wurden und werden. Viele dieser Kämpfe flackern immer wieder auf und finden dabei ihren Weg in

die Öffentlichkeit, andere schwelen schon so lange vor sich hin, dass der Hundertjährige Krieg vergleichsweise kurz dagegen erscheint.

Eine dieser Sprachschlachten, die sich gleich mit zwei Kampfthemen verbindet, konnte ich als Direktor des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache in vorderster Linie miterleben – und dies hat mich um eine verstörende Erfahrung reicher gemacht. Es war im Herbst 2018, als sich der Rat für deutsche Rechtschreibung zu seiner zweiten turnusmäßigen Sitzung in jenem Jahr in Passau zusammenfand. Die Geschäftsstelle des Rats ist an meinem Institut angesiedelt, und ich selbst bin Mitglied der deutschen Delegation in diesem Gremium. Die insgesamt 40 Mitglieder werden aus den sieben Ländern und Regionen entsandt, in denen Deutsch als Amtssprache fungiert: Deutschland, Österreich, Schweiz, Belgien, Luxemburg, Liechtenstein und die autonome Region Bozen-Südtirol in Italien. Der Rechtschreibrat hat die Aufgabe, das tatsächliche Rechtschreibverhalten im deutschsprachigen Raum zu verfolgen und gegebenenfalls das Regelwerk und das Wörterverzeichnis dem tatsächlichen Schreibgebrauch vorsichtig anzupassen.

Auf der Tagesordnung stand ein Thema, zu dem von der Berliner Senatskanzlei um eine Entscheidung gebeten worden war: der Genderstern. Genau genommen drehte es sich um die Frage, ob der Gebrauch des Gendersterns einen Rechtschreibfehler darstellt und, falls ja, ob der Stern dann nicht als ein Wortzeichen im amtlichen Regelwerk berücksichtigt werden soll. Der am weitesten gehende Beschlussvorschlag bestand nun darin, den Genderstern in bestimmten Bereichen lediglich zu tolerieren, ihn also keineswegs als eine Schreibmöglichkeit in das Regelwerk aufzunehmen. Nach einer intensiven Diskussion, in der es auch um die seinerzeit noch sehr geringe Verbreitung dieser Schreibweise in einigen der im Rat vertretenen

Länder ging, wurde der Beschluss gefasst, das Thema um einige Jahre zu vertagen, bis ein stabileres Gebrauchsmuster zu erkennen ist – oder eben nicht. Wegen des großen Interesses der Öffentlichkeit an diesem Thema wurde dies nach Ende der Sitzung auf einer Pressekonferenz mitgeteilt.

Man könnte meinen, dass die Nachricht einer unbestimmten Vertagung des Themas Genderstern keine besonders heftigen Reaktionen hervorrufen würde. In der Vermittlung durch die Medien war dies auch so, und viele hielten die Zurückhaltung des Rats wegen der noch sehr eingeschränkten Datenlage für eine sinnvolle Herangehensweise an dieses heikle Thema. So dachte ich auch – bis ein Brief bei mir einging, mit dem meine Verstörung begann. Der Brief bezog sich auf meine Bemerkungen bei der besagten Pressekonferenz. Sein Autor, mit vollem Namen und Adresse unterzeichnend, äußert in einer wüsten Fäkalsprache Beleidigungen, spricht von meinem »sinnentleerten Dasein«, das ihm »das Messer in der Tasche aufgehen« lasse und dass als Letzte die Nationalsozialisten in dieser Weise an der Sprache »herumdoktern« wollten.

Weitere Briefe gingen ein, oft Verlautbarungen der eigenen Meinung ohne Bezug zu dem, was wir als Anlass zu dieser Reaktion offenbar geboten hatten, zuweilen mit kaum verhüllten Drohungen versetzt und in manchen Fällen vollständig am Thema vorbeiführend. »Da Sie unsere Sprache und damit unser Gemeinwesen zerstören wollen, müssen wir Ihnen den Kampf ansagen«, hieß es in einem anderen Schreiben. Es sind nicht sehr viele derartige Briefe und Mails, die bei mir und anderen, die für den Rechtschreibrat in die Öffentlichkeit treten, eingegangen sind, weitaus weniger als das, was man von manchen Personen des öffentlichen Lebens hört. Eher muss man derartige Posteingänge wohl als einen unvermeidlichen Nebeneffekt dafür ansehen, dass sich ein Forschungsinstitut zur deutschen

Sprache ganz unvermeidlich gelegentlich auch in sprachpolitischer Hinsicht zu positionieren hat.

Weiteres findet sich in den Kommentarbereichen zu Zeitungsartikeln, sofern diese nicht vor lauter Beleidigungen und Beschimpfungen blockiert wurden, in den Kommentarbereichen zu Blogbeiträgen oder in »Rezensionen« zu Büchern auf Amazon. Auch wenn all die hinter diesen Medienangeboten stehenden Unternehmen dazu verpflichtet sind, das Netzwerkdurchsetzungsgesetz umzusetzen und eindeutig rechtswidrige Inhalte zu löschen, vermitteln die verbleibenden Schmähungen immer noch einen Eindruck von der Vehemenz der ausgetragenen Kämpfe.³

Warum Sprachkämpfe interessant sind

Ich möchte in diesem Buch einige aktuelle Sprachkämpfe betrachten – wer die Truppen sind, die hier aufeinandertreffen, wie die Frontlinien verlaufen und zu welchen Kampfhandlungen es bislang gekommen ist. Auch die Frage, warum solche Sprachkämpfe überhaupt ausgetragen werden und in welcher Beziehung sie zu übergeordneten politischen Zielen stehen, will ich ansprechen. Im zentralen Teil des Buchs werde ich die geschlechtergerechte Sprache als Beispiel heranziehen, weil sich daran gerade in letzter Zeit ein besonders heftiger und zugleich exemplarischer Kampf entzündet hat.

Dass die deutsche Sprache wieder zu einem Gegenstand der Politik geworden ist, kann zweierlei bedeuten: Entweder hat sich die Auffassung von Sprache als Teil unserer Kultur und unserer Gesellschaft geändert oder Kultur und Gesellschaft haben sich geändert und der bisher zu verzeichnende Konsens über das, was das Deutsche darin ausmacht, löst sich auf. Auf jeden Fall beinhaltet die politische Thematisierung von Sprache

auch die Vermittlung einer Auffassung davon, was Sprache ist oder sein sollte, wie sie sich wandelt oder zu schützen ist, wie sie gebraucht wird oder gebraucht werden sollte. Aus sprachwissenschaftlicher Perspektive betrachtet handelt es sich dabei um »laienlinguistische« Grundüberzeugungen, die selten als solche thematisiert werden, meistens nur indirekt zutage treten und in einer sprachpolitischen Kontroverse durchaus wirkmächtig sind.⁴ Wenn es um Sprachkämpfe geht, dann dürfen diese also nicht nur als solche betrachtet werden, sondern es ist wichtig, zu erkennen, von welchem Terrain sie ausgehen und welchen Grundüberzeugungen Geltung verschafft werden soll. Dass sich hier gerade in den letzten Jahren eine deutliche, vielleicht wachsende Kluft zu dem von der Sprachwissenschaft gezeichneten Bild von Sprache auftut, mag ein Grund dafür sein, warum sich die Sprachwissenschaft so schwer damit tut, klare Positionen in diesen Kämpfen zu beziehen.

Ein anderer Grund besteht aber auch darin, dass in der Sprachwissenschaft die Positionen, um die es in den Sprachkämpfen geht, selbst kontrovers diskutiert werden. Es gibt weder bezüglich der Rechtschreibreform noch zur geschlechtergerechten Sprache oder zur Frage, ob Deutsch ins Grundgesetz aufgenommen werden sollte, eine »einheitliche« Position – dies ist wohl auch gerade in der Wissenschaft kaum zu erwarten. Für jedes der in diesem Buch erwähnten Themen, zu denen Sprachkämpfe ausgetragen werden, gibt es wissenschaftliche Positionen pro und contra, und Kontroversen dazu werden in der Wissenschaft auch ausgetragen. Zuweilen gelangen diese bis in die Öffentlichkeit, wie es bei der Debatte um die Rechtschreibreform geschehen ist. Oftmals bleiben sie aber für Außenstehende eher unsichtbar – so ist es etwa bei der geschlechtergerechten Sprache.

Das vorliegende Buch hat keineswegs zum Ziel, diese wis-

senschaftlichen Kontroversen nachzuzeichnen. Vielmehr wird es um die *öffentlichen* Auseinandersetzungen zu verschiedenen sprachlichen Themen gehen und welchen Bezug diese zu allgemeinpolitischen Zielen und Interessen aufweisen. Die wissenschaftsinternen Auseinandersetzungen können, müssen aber nicht mit allgemeinpolitischen Auffassungen in Verbindung stehen. Manchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gelingt es, Derartiges vollständig voneinander zu trennen, andere werden, ohne es recht zu bemerken, vor den Karren übergeordneter politischer Interessen gespannt und wieder andere verbinden ihre wissenschaftlichen Auffassungen ganz bewusst mit einem allgemeinpolitischen Anliegen. In den Sprachkämpfen selbst spielen die Argumente und Positionen aus der Wissenschaft jedoch zumeist nur eine untergeordnete Rolle.

Was Sie in diesem Buch erwartet

Im vorliegenden Buch wird es zunächst um verschiedene Sprachschlachten gehen, die in den letzten Jahren ausgefochten wurden. Einige davon wie der Kampf gegen Fremdwörter oder die Rechtschreibreform besitzen bereits eine längere Geschichte, andere sind erst in jüngerer Zeit hinzugekommen. Einer davon, nämlich der, der auf dem Schlachtfeld der geschlechtergerechten Sprache ausgetragen wird, soll in einem eigenen Kapitel ausführlicher betrachtet werden. Dabei geht es weniger um die linguistische Bewertung der verschiedenen darin enthaltenen sprachlichen Fragen, als vielmehr um den öffentlichen Diskurs, der sich mit dem Thema verbindet. Dieser hat sich mittlerweile weit in die allgemeine Öffentlichkeit hinein entwickelt und eine enorme Präsenz gewonnen, sodass damit die Dynamik eines Sprachkampfs sehr gut in exemplarischer Weise dargestellt werden kann.

Das vierte Kapitel stellt den wohl stärksten Kampfverband bei dieser und anderen Sprachschlachten vor, den »Verein Deutsche Sprache« (VDS). Dem VDS ist es gelungen, über mittlerweile 25 Jahre hinweg die öffentliche Diskussion stark zu beeinflussen. Dabei hat er durch seine Diktion und seine Aktionen im Sprachkampf einen Stil etabliert, der deutliche Polarisierungen hervorruft und sich somit mehr und mehr als eine brauchbare Waffe für allgemeinpolitische Auseinandersetzungen erwiesen hat. Dieser Stil ist es, den die AfD seit ihrem Einzug in fast alle Landtage und in den Deutschen Bundestag parlamentarisch aufgreift und mit ihren politischen Zielsetzungen verbindet. Sie ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, deren Programm sprachpolitische Positionen in größerer Zahl enthält. Überall, wo sie in Parlamenten vertreten ist, äußert sie sich zu sprachlichen Themen und bringt Gesetzesinitiativen zu ihren sprachpolitischen Anliegen ein.

Warum das so ist, soll in Kapitel 6 beleuchtet werden. Der für die AfD kulturpolitisch zentrale Begriff ist der der Identität. Das Konzept einer kulturellen Identität tritt bei dieser Partei an die Stelle dessen, was in der Vergangenheit noch Nation oder Volk hieß, und identitäre Sprachpolitik wird bei ihr zu einem zentralen Mittel einer nationalidentitären Politikagenda. Die AfD hat verstanden, dass sie mit dem Thema Sprache das gemäßigte Bürgertum gewinnen kann, indem sie ihre Agenda durch Sprachpolitik wie mit einem trojanischen Pferd weit in die Gesellschaft hineinführt. Damit ist wohl erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland das Parlament zu einem sprachpolitischen Aufmarschgebiet geworden.

Die Sprachkämpfe werden nun ausgefochten, und welche Ansätze es gibt, mit so aufgeladenen Themen wie dem der geschlechtergerechten Sprache, »Deutsch ins Grundgesetz«, Deutsch in der EU oder »politischer Korrektheit« überhaupt

sachlich umzugehen, soll im 7. Kapitel erörtert werden. Das Buch endet mit Gedanken zu der Frage, wie wir das Thema Sprache in der Öffentlichkeit handhaben sollten, wie die politische Vereinnahmung der Sprache verhindert werden kann und welche Rolle die Internationalität der deutschen Sprache und die Germanistik dabei spielen. Schließlich gilt es auch, dem Erstarken einer Verschwörungstheorie Einhalt zu gebieten, dass nämlich eine »kleine Gruppe« von »Ideologen« oder »Sprachterroristen« der Mehrheit ihre Meinung aufzwingen wolle, und zwar eine Gruppe, zu deren Abwehr nahezu alle Mittel recht sind.

Wenn Sie als Leserin oder als Leser nach der Lektüre dieses Buchs nachvollziehen können, warum das öffentliche Reden über Sprache fast nie einfach nur ein Reden über Sprache ist, sondern Sprache dabei als ein Vehikel für grundlegende gesellschaftliche und politische Interessen fungiert, dann ist für mich das Anliegen, das ich mit diesem Buch verbinde, erreicht.

Die Rechtschreibreform von 1996

Wenn es in diesem Kapitel um die großen Sprachschlachten geht, darf die Rechtschreibreform nicht fehlen. Dies betrifft schon die erste, noch im 19. Jahrhundert vorbereitete Reform, die sich parallel zu den ersten Jahrzehnten der Ausformung des Deutschen Kaiserreichs vollzog und 1902 zu einer Regelung führte, die fast das gesamte 20. Jahrhundert über mit nur kleineren Änderungen Gültigkeit behielt. Bis in die Gegenwart aber wirken sich die erbittert geführten Auseinandersetzungen zur Rechtschreibreform von 1996 aus – die Forderung nach einer Rückkehr zur alten Rechtschreibung lässt sich sogar noch im aktuellen Parteiprogramm der NPD finden²³.

Die Reform war seinerzeit von einem »Internationalen Arbeitskreis für Orthographie« noch vor der Wende von 1989 in Angriff genommen worden. Ziel war es, das Regelwerk zu systematisieren – einige radikalere Vorschläge, etwa die Großschreibung von Substantiven abzuschaffen, konnten sich nicht durchsetzen und wurden schnell fallen gelassen. Zudem wurden Freiräume für Schreibvarianten geschaffen, die Schreibung nach dem Stammprinzip konsequenter umgesetzt und in vielen Fällen versucht, die Schreibung von Fremdwörtern stärker ins orthografische System des Deutschen zu integrieren. Problematisch an diesem Reformansatz war es, dass die Reform aus der Innenperspektive der Sprachwissenschaft heraus betrieben wurde, während die schulische, die publizistische oder die allgemeine private Schreibpraxis nur eine untergeordnete Rolle spielte. Außerdem stimmten einige der linguistischen Annahmen nicht, was auch zu erheblicher fachlicher Kritik führte. Seinerzeit lagen noch keine so umfangreichen Forschungen zum orthografischen System des Deutschen vor, wie es heute der Fall ist.²⁴

Nachdem die Reform durch Zustimmung der verschiedenen staatlichen Gremien (in Deutschland der Kultusministerkonferenz) in Kraft getreten war und zwischen den angepassten Neuauflagen häufig genutzter Wörterbücher erhebliche Unterschiede erkennbar wurden, begann ein Sprachkampf, der allein 1997 zu 30 Gerichtsverfahren, 1998 zu einer Verfassungsbeschwerde und in Schleswig-Holstein sogar zu einem Volksentscheid führte. Dabei ging es um allgemeine Zuständigkeitsfragen und die verpflichtende Anwendung der neuen Regeln im Bereich der Schule, es wurde aber auch die Frage gestellt, ob es überhaupt einer staatlichen (Neu)regelung der Rechtschreibung bedurft hätte. Verlage machten den Aufwand einer Anpassung an die neue Rechtschreibung geltend, Autorinnen und Autoren fühlten sich gegängelt, die Lehrerschaft als diejenigen, die die Reform »auszubaden« hätten, sich übergangen. Hinzu kamen grundsätzliche Kritikpunkte: Die Sprache habe sich seit 1902 kaum geändert, und das Schreiben sei nicht die einzige Verwendungsweise von Schriftsprache, die zu berücksichtigen sei, auch die Praktikabilität der Orthografie für das Lesen müsse bedacht werden. Als dann sogar noch die Frankfurter Allgemeine Zeitung nach anfänglicher Umsetzung der Reform im Jahr 2000 zur alten Rechtschreibung zurückkehrte, dem später auch noch die Axel Springer AG, der Spiegel-Verlag und weitere Verlagshäuser folgten, drohte die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung buchstäblich unterzugehen. Auch innerhalb der Germanistik wurde der Kampf offen ausgetragen.

Der unglückliche Verlauf der ersten Reformphase führte dazu, dass einige der Regeländerungen, die auf besonders großen Protest gestoßen waren, zurückgenommen oder als optional deklariert wurden. Auch die Zwischenstaatliche Kommission aus Fachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern wurde vom weitaus breiter ausgelegten Rat für deutsche Rechtschrei-

bung abgelöst. 2006 trat die revidierte Fassung der amtlichen Regelung in Kraft, und mit ihr wurde auf diesem Kriegsschauplatz ein Waffenstillstand erzielt. Nach und nach stellten auch die Verlage, die der Reform zunächst ablehnend gegenüberstanden hatten, ihre Hausorthografien auf die neue Regelung um. Der Rechtschreibrat beobachtet seitdem ohne großes Medienecho den Schreibusus in den deutschsprachigen Ländern und Regionen und spricht in seinen Berichten alle sechs Jahre Empfehlungen für moderate Anpassungen des Regelwerks und der Wörterliste aus. Nur der Genderstern hat in letzter Zeit zu heftigeren Emotionsauschlägen geführt – warum das in diesem Fall so war und ist, sehen wir uns im nächsten Kapitel genauer an.

Der Rechtschreibkampf geht in die Verlängerung

Bis heute allerdings sind die Wunden, die die Kämpfe geschlagen haben, bei manchen noch immer nicht verheilt. Zum zwanzigsten Jahrestag der Reform am 1. August 2018 etwa erschien in der FAZ unter dem Titel »Ein Unglück der Sprachgeschichte. 20 Jahre Rechtschreibanarchie« ein Kommentar der Bildungsredakteurin Heike Schmoll, der in Hinsicht auf den alten Kampfgeist nichts zu wünschen übrig ließ.²⁵ So behauptet sie, dass von Anfang an klar gewesen sei, »dass der Versuch, die deutsche Rechtschreibung zu vereinfachen, schiefgehen würde.« Die »Rechtschreibmisere oder auch Rechtschreibanarchie, die sich inzwischen unter Schülern, Studenten und vielen Schreibenden ausgebreitet hat«, sei auf das amtliche Regelwerk zurückzuführen. Ob es diese Anarchie überhaupt in dieser Form gibt, ob die zu beobachtende Varianz nicht vielleicht eher grundlegenden Veränderungen von Schreibsituationen durch die Digitalisierung geschuldet ist, ob nicht vielleicht

auch allgemeine Bildungsfragen, Fragen der Lehrerbildung oder der Deutsch-Curricula zu adressieren sind, spricht sie dabei nicht an.

Die Leserkommentare zu der Online-Version des Artikels dokumentieren Meinungen zu der Rechtschreibreform, die weit über die sprachlichen Fragen hinausgehen, die damit ursprünglich verbunden waren. So wird von einem ersten Versuch, die Menschen im Land »von oben« gefügig zu machen, gesprochen oder von einem Vereinfachungsprogramm, bei dem es darum gehe, einer antiautoritären Bildungsauffassung in der Schriftsprache durch Zerstörung einer gewachsenen Schreibtradition Geltung zu verschaffen, wofür eine »linksgrüne« Politik verantwortlich sei. (Die Reform wurde in Deutschland vollständig in der Zeit der schwarz-gelben Bundesregierung unter Helmut Kohl vollzogen.) Manche Kommentare bringen politiker- und elitenfeindliche Ressentiments zum Ausdruck, andere jedoch verweisen auch auf die Bedeutungslosigkeit des Themas an sich oder auf tatsächliche Vereinfachungen, die die Reform erbracht habe.

Wenn es um Rechtschreibung geht, ist auch der Duden nicht fern. Zwar hat dieser bereits seit der Verabschiedung der Rechtschreibreform 1996 nicht mehr den staatlichen Auftrag, die Orthografie zu regeln, doch wird die Auswahl der Wörter im Duden-Rechtschreibwörterbuch oftmals als eine Festlegung darüber missverstanden, was zum Wortschatz der deutschen Sprache gehört und was nicht. Auch wenn die Dudenredaktion immer wieder betont, dass ihre Auswahl allein nach rein sachlichen Kriterien – etwa dem der Gebrauchshäufigkeit oder der Rechtschreibschwierigkeit – geschieht, wird ihr genauso häufig unterstellt, mit dieser Auswahl eine Absicht zu verbinden. Ein beliebter Topos ist es dabei, einen Zusammenhang mit George Orwells Roman »1984« herzustellen, in dem durch eine re-

gulierte Sprachvariante namens »Neusprech« das Denken der Menschen beeinflusst werden soll. In einem Beitrag auf »Tichys Einblick« – einem jener Online-Magazine, die sich als Teil einer alternativen, noch nicht durch die Mainstream-Medien »gleichgeschalteten« Gegenöffentlichkeit verstehen – schreibt der schon zuvor erwähnte Josef Kraus zur im August 2020 erschienenen Neuauflage des Rechtschreibdudens:

George Orwell hätte sich 1948, als er »1984« schrieb, wohl eher nicht träumen lassen, dass seine Dystopie siebzig Jahre später bereits ein- bzw. überholt ist.²⁶

Nur, um was für eine Absicht handelt es sich, die der Duden verfolgt? Kraus hat dazu eine klare Meinung. In seinem Beitrag unterstellt er der Dudenredaktion, dass neu aufgenommene Begriffe wie »bienenfreundlich«, »Flugscham«, »Hate-speech«, »Geisterspiel«, »Lockdown«, »Herdenimmunität«, »Gendersternchen« und das durchaus rechtschreibschwierige »Cisgender« nicht etwa wegen ihres gegenwärtig nachweisbaren Vorkommens aufgenommen worden seien, sondern um sich »nicht den Vorwurf machen [zu] lassen, hinter aktuellen gesellschaftlichen (oktroierten!) Debatten um Klimawandel, Corona, Rassismus und Co. hinterherzuhinken.« Zusammen mit der (aus linguistischer Sicht übrigens nicht zutreffenden) Neusprech-These wird die Wortauswahl so auf direktem Wege zu einem Politikum erklärt, gegen das man Widerstand leisten sollte:

Die herkömmlichen Parteien lassen all dies geschehen. Die Damen und Herren »Volksvertreter« scheinen nicht mehr zu wissen, dass die Sprache dem Volk und nicht irgendwelchen Sprach-»Wissenschaftlern« oder Redakteuren gehört. Die einzige Partei, die gegen zumal ideologisch motivierte Sprachmani-

lichen Debatte oftmals auf den Genderstern oder das generische Maskulinum verkürzt wird.

Streng genommen muss man zwei miteinander verwandte, aber doch sachlich getrennte Diskurse voneinander unterscheiden. Das ist zum einen das Bemühen um die sprachliche Gleichstellung von Frauen, das sich im Wesentlichen bis zu den Anfängen der feministischen Linguistik in den 1970er-Jahren zurückführen lässt. Für dieses Anliegen weist die deutsche Sprache mit ihrem Genussystem grundsätzlich die Möglichkeit auf, den Sprachgebrauch in geeigneter Weise anzupassen, auch wenn es im Detail eine ganze Reihe von Fragen zu beantworten gilt. Der Begriff der gendergerechten Sprache im engeren Sinne hingegen stellt die Auffassung der sozialen Konstruktion der Kategorie Geschlecht in den Mittelpunkt und will dabei auch die geschlechtliche Vielfalt zwischen den Polen von Weiblichkeit und Männlichkeit berücksichtigen. Für dieses Anliegen gibt es keine gewachsenen Strukturen in der deutschen Sprache, sodass die propagierten Lösungen für Personenbezeichnungen wie der Asterisk (»Genderstern«) in der Schriftsprache oder der glottale Verschlusslaut (Knacklaut wie in »Wählerinnen«) auch besonders deutlich in den Fokus der Auseinandersetzung geraten. Allenfalls das Neutrum oder bezüglich Genus oder Sexus unbestimmte Wörter lassen sich hier sprachlich direkt zuordnen.

Man muss demzufolge die Pro-und-Contra-Argumente danach differenzieren, auf welchen Diskurs sie sich beziehen.⁴⁴ Für die sprachliche Gleichstellung von Frauen etwa lassen sich einige plausible Gründe nennen: Formen im generischen Maskulinum wie »Wähler«, mit denen gleichermaßen auf Männer wie Frauen referiert wird, bewirken eine Verstärkung einer Vorstellung von Männlichem, die sich experimentell nachweisen lässt. Das »Mitmeinen« von Frauen, das in

Verwaltungstexten bis vor einiger Zeit gern konstatiert wurde, funktioniert also nur mit Einschränkungen.⁴⁵ Die Verwendung von femininen Formen verändert sogar Auswahlentscheidungen, etwa wenn es um die Zuordnung von Geschlechtern zu Berufen geht.⁴⁶ Zudem sollte man Menschen so ansprechen – so ein weiteres Argument –, wie sie angesprochen werden wollen, und selbst wenn viele Frauen in Meinungsumfragen zuweilen angeben, dass ihnen das Thema nicht sehr wichtig sei, so zeigen wiederum wissenschaftliche Befragungen, dass sie in konkreten Fällen mehrheitlich doch lieber in der weiblichen Form (»liebe Kundin« statt »lieber Kunde«) angesprochen werden wollen.⁴⁷

Immer wieder wird laienlinguistisch geltend gemacht, dass das Genus im Deutschen ja überhaupt nichts mit dem biologischen Geschlecht zu tun habe, sonst könne es ja nicht »das Mädchen«, »der Vamp« und »die Memme« heißen. Die Mainzer Sprachhistorikerin Damaris Nübling hat allerdings gezeigt,⁴⁸ dass derartige Genus-Verschiebungen durchaus einem Muster folgen: Der »unmännliche« Mann wird ins »Weibische«, ins Femininum verschoben (»die Memme«), die Frau, die nicht ihrem Rollenbild entspricht und damit provoziert, ins Maskulinum (»der Vamp«) und die meist junge Frau, der man die Eigenschaft des Frauseins ganz abspricht, ins Neutrum (»das Mädchen«, dialektal »das Annerl«). Das Genus im Deutschen kodiert zwar nicht das biologische – so die Schlussfolgerung –, wohl aber das soziale Geschlecht, also Gender, und von dieser Warte aus betrachtet sind ganz erstaunliche Muster und regelhaft verlaufende historische Prozesse zu erkennen, mit denen das biologische Geschlecht durch Sprache sozial überformt wird. Dies ist als historisches Erbe tief in den sprachlichen Strukturen des heutigen Deutsch enthalten. Ähnliches gilt für das generische Maskulinum. Dass es hier zu einem Wi-

derspruch zu der wahrgenommenen Realität einer geschlechtlichen Vielfalt kommt, ist evident.

Kritik an geschlechtergerechter Sprache

Auch die Gegenseite führt eine ganze Reihe von Argumenten ins Feld. Zentral dabei ist die Bewertung des generischen Maskulinums. Danach bezeichnet die maskuline Form (»die Wähler«) im Falle von Personengruppen keineswegs nur deren männlichen Teil. Sie sei vielmehr als die in Hinsicht auf das biologische Geschlecht unmarkierte Form zu verstehen, so dass dieses überhaupt nicht als solches benannt sei und deshalb keine Rolle spiele. Für diese Sichtweise kann man vor allem sprachhistorische und systematische Gründe geltend machen. Nur wenn eine explizit weibliche Form neben die im Maskulinum gebildete Form tritt, dann werde aus dem generischen ein spezifisches, den Sexus »männlich« bezeichnendes Maskulinum (»Wählerinnen und Wähler«). Hinzu kommen verschiedene Phänomene in der deutschen Sprache, in denen sichtbar wird, dass neben dem Maskulinum eine andere Genusform überhaupt nicht gebildet werden kann. Beim Fragewort »wer« ist das beispielsweise der Fall: »wer« transportiert das Genus Maskulinum, was in Sätzen wie »*Wer* möchte von *seiner* Schwangerschaft erzählen?« sichtbar wird. Eine feminine Form von »wer« gibt es nicht. Die Studien zur Genus-Sexu-Abhängigkeit, so ein weiterer Kritikpunkt, würden methodische Schwächen aufweisen oder ganz an der Sache vorbeigehen, sodass das generische Maskulinum dadurch keineswegs in Frage gestellt werde.

Bestrebungen zur sprachlichen Kenntlichmachung der Geschlechter werden aus dieser Perspektive mit dem Argument abgelehnt, dass damit ein unzulässiger Eingriff in das fein aus-

4 EIN KAMPFVERBAND: DER »VEREIN DEUTSCHE SPRACHE«

Wenn man Germanistik studiert hat und in der Sprachwissenschaft arbeitet, kommt man mit dem Verein Deutsche Sprache (VDS) nicht sehr oft in Kontakt. Nur von Ferne nimmt man die verschiedenen Aktionen des Vereins als ein Hintergrundrauschen wahr, das es in dieser oder ähnlicher Form auch bei anderen wissenschaftlichen Disziplinen gibt. Ob nun der ADAC für den Verkehrswissenschaftler, der Verband kritischer Kleinaktionäre für die Betriebswirtin oder der VDS für den Linguisten – es gibt für eine Wissenschaftlerin oder einen Wissenschaftler zumeist wenig Anlass, sich mit derartigen Vereinen näher zu befassen. Allerdings sollte man wissen, dass sie sehr einflussreich sein können.

Eine Beilage in »Forschung & Lehre«

Für mich selbst endete dieses Nichtverhältnis zum VDS nicht erst am Leibniz-Institut für Deutsche Sprache als einem der sprachpolitischen Akteure, der sich mit diesem Verein auseinandersetzen hat, sondern bereits im Sommer 2016. Anfang Juli jenen Jahres war eine neue Ausgabe von »Forschung & Lehre« erschienen, einer Zeitschrift, die vom Deutschen Hochschulverband in einer Auflage von mehr als 30 000 Exemplaren herausgegeben wird.¹⁰¹ Beim Hochschulverband handelt

es sich um den Berufsverband der deutschen Uni-Professorinnen und -Professoren. »Forschung & Lehre« ist deren Verbandszeitschrift und als solche ein gediegen aufgemachtes, seriöses und vor allem informatives Fachorgan zu allen möglichen Fragen von Wissenschaft, Forschung, Lehre, Wissenschaftspolitik und Recht. Beim Aufschlagen der Juli-Ausgabe der Zeitschrift fiel den Mitgliedern des Hochschulverbands eine Werbebeilage des VDS in die Hände. Es handelte sich um die aktuelle Nummer der »VDS-Sprachnachrichten« (Nr. 70), in der dieser Verein seine Sicht auf die sprachliche Welt und darüber hinaus verkündet.¹⁰²

Ob es eine so gute Idee war, der »Forschung & Lehre« ein Exemplar der »Sprachnachrichten« als Werbung beizulegen, hätten sich die Herausgeber bei einem Blick in die Leserbriefe dieser Ausgabe (S. 24/25) zu den häufig hochpolitischen Artikeln früherer Ausgaben fragen können. Da kritisieren einige VDS-Mitglieder die Verwendung von Wörtern wie »Wahrheitsverschleierungsrhetorik«, »Völkerwanderung«, »Genderwahn«, »Sprachimperialismus« und »Lügenmedien« in der vorherigen Ausgabe des Mitteilungsblatts und fordern, dass der VDS nicht »zu einer nationalkonservativen und AfD-nahen ›Fruchtbringenden Gesellschaft‹ [...] mutieren« darf. Deutschland brauche keinen »Verein, der im Kampf für die deutsche Sprache [...] den Rechtspopulisten und Nationalisten [...] in die Hände spielt.« Ein anderer Leserbriefschreiber kritisiert die Verwendung des Begriffs »Obrigkeitsstaat« und stellt fest: »[...] R]aunend eine Verschwörungsvermutung anklingen zu lassen, stößt ins Horn eines populistischen Deutungsschemas, wie es die AfD gerade propagiert«. Eine Leserin beklagt im Zusammenhang mit einem früheren Artikel zur »Gendersprache« das Fehlen eines »sachlichen Diskurses«, »in dem kompetente Fachleute, sowohl Frauen als auch Männer, zu Wort

kommen, in dem tatsächlich die linguistischen und sozialen Hintergründe beleuchtet werden.« Weitere Leserbriefschreiber kritisieren einzelne Artikel als »allgemeine Angstmache« oder als geschrieben in einem »extrem schlechten manipulativen Stil« in der »Rhetorik der Pegida«. Diese hier *vereinsintern* vorgebrachte Kritik an einem zunehmenden sprachlich befeuerten Nationalismus und dem Abdriften in rechtspopulistische Positionen weist der Verein seit Langem gegenüber *externer* Kritik mit Vehemenz zurück. Ausgerechnet eine Ausgabe, in der sich solche Leserbriefe finden lassen, als Werbung zu verbreiten, muss wohl als mittelschwerer Betriebsunfall gewertet werden.

Für eine Gruppe von 36 Professorinnen und Professoren, zu der ich selbst auch gehörte, war dies aber nicht der einzige Grund, warum sie einen offenen Brief unterzeichneten, der von Thomas Niehr, einem germanistischen Sprachwissenschaftler an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen, verfasst worden war. Der eigentliche Grund war die Wissenschaftsfeindlichkeit, die die »Sprachnachrichten Nr. 70« durchzieht. An verschiedenen Stellen wird darin etwa beklagt, dass die Linguistik nicht normativ und sprachplanerisch arbeiten würde. So heißt es in den »Thesen zum Stand der deutschen Sprache«, dass

empirische und deskriptive Objektivität [...] nicht als Ausrede für szientifischen oder sprachpolitischen Nihilismus dienen [dürfen]. Die deutsche Sprache ist nicht nur Gegenstand der germanistischen Linguistik, sondern muss auch Gegenstand ihrer sprachpolitischen Sorge und ihres kulturpolitischen Interesses sein.

Anders formuliert besagt dieser Passus, dass jemand, der in der Sprachwissenschaft datenbasiert arbeitet, einem solchen »szi-

entfischen oder sprachpolitischen« Nihilismus anheimgefallen ist, wenn er sich nicht aktiv sprachpflegerisch betätigt.

Der Höhepunkt antiwissenschaftlicher Kritik wird allerdings in dem Beitrag des schon erwähnten Publizisten Wolf Schneider erreicht. Er befasst sich in seiner Kolumne »Schneiders Ecke« mit dem Grammatik-Duden, der seit Jahrzehnten von renommierten germanistischen Linguistinnen und Linguisten in immer neuen, an den aktuellen Forschungsstand angepassten Ausgaben verfasst wird. In seinem Beitrag erregt er sich darüber, dass in diesem Duden für einen Satz, der mit »der die das« beginnt, eine grammatisch korrekte Deutung angegeben wird. Damit werde der Grammatik von den »hochnäsigen Verfassern« ein »Hochaltar« errichtet, anstatt diesen Satz so umzuformulieren, wie es Wolf Schneider selbst auf der Henri-Nannen-Schule seinen journalistischen Adepten beigebracht hätte. Der »Urzweck der Sprache« werde dadurch »auf den Müll geworfen: die Kommunikation«. Schuld daran ist die akademische Linguistik, die nicht präskriptiv sein will, sondern deskriptiv. Schneiders Kolumne trieft nur so vor Wissenschaftsfeindlichkeit – was sich leider auch in der (Un)logik Schneiders eigener Argumentation bemerkbar macht.

Sehr erfreut war der Hochschulverband nicht über die in dem offenen Brief geäußerte Kritik seiner Mitglieder. Nach einigem Hin und Her sagte er jedoch zu, seiner Zeitschrift derartige Werbematerialien zukünftig nicht mehr beilegen zu wollen. Auch der Deutschlandfunk hatte inzwischen über die Sache berichtet¹⁰³ und schließlich sogar die dpa¹⁰⁴, nachdem sich der Medienlinguist Stefan Niggemeier auf uebermedien.de mit der »Pegidahaftigkeit« des VDS in seinen »Sprachnachrichten« befasst hatte.¹⁰⁵

Gute und böse Sprachpolizei

Gern wird vom VDS darauf verwiesen, dass seine sprachkritischen Positionen in Frankreich Gesetzeskraft hätten und dort die *Académie française* den Gebrauch von Anglizismen oder geschlechtergerechter Sprache schlichtweg verbiete.¹⁵⁵ Damit wird auf das »Gesetz betreffend den Gebrauch der französischen Sprache« von 1994 Bezug genommen, die sogenannte *Loi Toubon*. Dieses Gesetz hat tatsächlich verschiedene Sprachtatbestände unter Strafe gestellt, etwa die Verwendung des Englischen ohne eine Übersetzung im öffentlichen Raum, und es fordert den Vorrang der französischen Sprache bei wissenschaftlichen Konferenzen und die Verpflichtung zur Verwendung der französischen Ersatzwörter für bestimmte Anglizismen.

Einige der Tatbestände dieses Gesetzes wurden nach einer Verfassungsklage allerdings bald wieder abgeschwächt. Karl-Heinz Göttert stellte bereits vor einiger Zeit fest, dass in Frankreich aufgrund einer Vielzahl anderer Regelungen und Gerichtsentscheidungen, die die *Loi Toubon* umgeben, ein Umdenken eingesetzt habe, dass von den Sprachpuristen in Deutschland gar nicht bemerkt worden sei.¹⁵⁶ Trotzdem muss man konstatieren, dass ein Sprachgesetz, durch das bestimmte Arten des Sprachgebrauchs zu Straftatbeständen erklärt werden, auch einer polizeilichen und staatsanwaltlichen Durchsetzung bedarf.

Die Sprachpolitik in Frankreich spiegelt schon seit jeher die Bedingungen wider, unter denen das Französische zur nationalen Standardsprache geformt wurde. Ausgehend von einer Vielzahl altfranzösischer Dialekte entwickelte sich seit Ende des 12. Jahrhunderts eine überregionale Varietät auf der Grundlage des Franzischen, einer auf der Île-de-France gesprochenen alt-

französischen Sprachform. Bereits im Jahr 1539 wird das Französische unter Franz I. per Edikt zur offiziellen und einzig gültigen Amtssprache erklärt. Für deren sprachliche Normierung ist seit 1635 die *Académie française* zuständig.

Die Entwicklung der neuhochdeutschen Schriftsprache als Standardsprache hingegen erfolgte in einem längeren dezentralen Ausgleichsprozess, ohne dass eine nationalstaatliche Grundlage dafür bestand. Als das Deutsche Reich 1871 gegründet wurde, war die neuhochdeutsche Standardsprache längst »fertig« und bedurfte keiner zentral gesteuerten Ausformung mehr. Die Bedingungen für die Übernahme eines Gesetzes wie der *Loi Toubon* in Deutschland bestehen also keineswegs, wenn man der Meinung ist, dass derartige Gesetze den vorhandenen kulturellen Traditionen entsprechen sollten. Die französische Sprach- und Sprachenpolitik ist dabei durch ein außergewöhnlich hohes Maß an Eingriff und Sanktionierung gekennzeichnet, dass nur in sehr wenigen anderen Ländern Nachahmung gefunden hat.¹⁵⁷

Frankreich zum Verbündeten für sprachpuristische Bemühungen um das Deutsche zu erklären, beinhaltet also auch, sprachpolizeiliche Maßnahmen in Kauf zu nehmen, die sich gegen den Anglizismengebrauch oder das Englische in der Werbung und in Produktnamen richten, gegen englischsprachige Vorträge auf wissenschaftlichen Tagungen in Deutschland und vielleicht sogar gegen Verstöße gegen die amtliche Rechtschreibung. Dass in Einwanderungsgesellschaften auf diese Weise keine kulturelle und sprachliche Integration bewirkt wird, weiß man in Frankreich offenbar viel besser als in Deutschland, weshalb die Strafverfolgung aufgrund der *Loi Toubon* nach dem ersten Prozess ausgesetzt wurde.¹⁵⁸ In einem unauf löslichen Widerspruch begibt sich der VDS jedoch, wenn er einerseits eine Sprachpolizei nach französischem Vorbild for-

dert, gegen die geschlechtergerechte Sprache aber damit argumentiert, dass es in diesem Bereich eben gerade keine Sprachpolizei geben dürfe, die die natürliche Erscheinungsweise des Deutschen manipulierte und entstelle. Sprachpolizei ja oder nein hängt also offenbar davon ab, wer sie rekrutiert und wogegen sie vorgehen soll.

5 DAS PARLAMENT ALS AUFMARSCHGEBIET DER AfD

Sprachpurismus und die Kritik an sprachlichen Erscheinungen der Gegenwart gibt es schon seit Langem. Als neues Thema hinzugekommen ist, wie wir gesehen haben, die Kritik an geschlechtergerechter Sprache. Erst in den letzten Jahren jedoch hat sich Sprachpolitik als ein lohnendes Politikfeld etabliert. Im Umfeld und in den parlamentarischen Repräsentanzen der AfD werden durch Aufrufe, Anträge, Anfragen und Gesetzesinitiativen verschiedene Themen adressiert, die schon im Grundsatzprogramm der Partei von 2016 gesetzt wurden. Mit dem Aufstieg der AfD sind Sprachpurismus und Sprachkritik parlamentarisch geworden – dies ist neu, und es lohnt sich, diese Entwicklung näher zu betrachten.

Die AfD und der Aufruf gegen »Genderunfug«

Zu den bereits in vorangegangenen Kapiteln erwähnten Aufrufen mit Petitionscharakter, in denen es um die Ablehnung geschlechtergerechter Sprache geht (»Schluss mit dem Gender-Unfug«, »Stop Gendersprache jetzt«), haben sich auch AfD-Landesverbände und die AfD-Bundestagsfraktion zustimmend geäußert. Martin Louis Schmidt, rheinland-pfälzischer Landtagsabgeordneter und kulturpolitischer Sprecher der Fraktion, stellt in einer Pressemitteilung¹⁵⁹ unter Berufung auf

Josef Kraus eine Verbindung des VDS-Aufrufs zum »Kulturprogramm« der AfD-Landtagsfraktion her, in der es heißt:

Außerdem lehnen wir eine Instrumentalisierung unserer Sprache durch politisch korrekte Vorgaben oder geschlechterneutrale Ideologisierungen (›Gender Mainstreaming‹) entschieden ab, nicht nur, weil diese im Rahmen eines undemokratischen familienfeindlichen Gesellschaftsexperiments stattfindet. Die mit der teilweisen Leugnung der biologischen Geschlechter zugunsten sogenannter ›sozialer Geschlechter‹ einhergehenden begrifflichen und grammatikalischen Kunstgriffe sind in unseren Augen nicht zuletzt sprachästhetische Vergewaltigungen. [...] Der von kleinen hochideologischen Interessengruppen vorangetriebene Gender-Unfug muss schnellstens gestoppt werden!

Die AfD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen verweist¹⁶⁰ darauf, dass mit der geschlechtergerechten Sprache »linke Ideologen Einfluss auf unsere Sprache und damit auch zwangsläufig unser Denken« nehmen. Sie kapern gewissermaßen unsere Sprache, weil »auf Grundlage der Pseudo-Genderwissenschaft« nun auch bei Behörden und Regierungseinrichtungen eine geschlechtergerechte Sprache Einzug halte. Die Fraktion fordert ihre Anhänger dazu auf, den Aufruf zu unterzeichnen: »Unterstützen Sie den Verein Deutsche Sprache und stellen Sie sich gegen den Missbrauch unserer deutschen Muttersprache durch linke ›Neusprachler‹.« Und die AfD-Bayern verfügt bajuwarisch kompakt¹⁶¹: »Gender-Sprech stoppen und deutsche Sprache erhalten«.

Neben der Bundestagsfraktion als Ganzer sieht sich auch deren Vorsitzende Alice Weidel persönlich veranlasst, mit einer Pressemitteilung¹⁶² Stellung zu beziehen. Darin verlinkt sie beide Aufrufe und stellt fest, dass »die sogenannte ›gender-

gerechte« Sprache« ein »Orwell-Projekt« sei. »Sie vergewaltigt nicht nur unsere Muttersprache und zertrümmert Texte bis zur Unlesbarkeit, sie will über die Manipulation der Sprache auch unser Denken im Sinne der Gender-Ideologie beeinflussen und kontrollieren.« Durch »lächerliche Wort- und Sprachgebilde« wolle man

der Sprache ihre Ideologie überstülpen, dass Geschlecht ein beliebiges soziales Konstrukt sei, und diese Ideologie auch noch in die Köpfe der Menschen hineinpresse. [...] Eine Minderheit will der Mehrheit ihr Denken aufzwingen und findet dabei immer öfter willige Helfer in Politik, Medien und Verwaltungen. Sprachpolizisten verstehen Gendersprech als Ermächtigung, um durchzusetzen, dass Bürger sich nur noch im Sinne der Gender-Ideologie äußern können sollen. Das ist ein Anschlag auf die Rede- und Meinungsfreiheit.

In dieser Stellungnahme ist die politische Aufladung der Kritik an geschlechtergerechter Sprache klar zu erkennen. Es geht der AfD nicht einfach nur um den Schutz der Sprache, es geht um den Schutz der Menschen vor einer Ideologie, mit der sie über den Kanal der Sprache mit Gewalt gefügig gemacht werden sollen. Verantwortlich sind Radikale in allen Teilen der Gesellschaft und deren Unterstützer. Mit ihren Maßnahmen (»Sprachpolizisten«) greifen sie damit eines der verfassungsmäßig garantierten Grundrechte an.

Die »Wiedereinführung des generischen Maskulinums« und andere Anträge

Die AfD wird aber auch selbst in den Landtagen und im Bundestag aktiv. In Nordrhein-Westfalen etwa stellte die dortige AfD-Fraktion im März 2019 – bezeichnenderweise durch drei

Männer – den Antrag auf »Abschaffung der Gendersprache« und »Wiederbelebung des generischen Maskulinums«. ¹⁶³ Zur Begründung wird darin gesagt:

Die deutsche Sprache stellt die Grundlage unserer kulturellen Identität dar und ist essentiell für den Zusammenhalt unseres Sprach- und Kulturraums. Neben dem immer größeren Einfluss von Anglizismen fügt der ideologisch bedingte Wildwuchs – im Namen der Genderideologie – diesem Kulturgut schweren Schaden zu.

Sie legitimieren ihren Antrag ausführlich durch den Verweis auf die Position des VDS in dieser Frage und auf die sprachpolitischen Maßnahmen in Frankreich und fordern:

Die Kehrtwende unserer Nachbarn sollten wir uns zum Vorbild nehmen und zu einer grammatikalisch richtigen und schönen Sprache zurückkehren, um den ideologisch motivierten Missbrauch an dieser schönen kulturellen Überlieferung zu beenden.

In Nordrhein-Westfalen sei es, so kritisieren sie, durch das Landesgleichstellungsgesetz erforderlich, »aus einer gemischten Studentengruppe [...] dann z. B. Studentinnen und Studenten oder Studierende« zu machen. Auf die Spitze getrieben werde es, wenn auch noch spezifische geschlechtergerechte Schreibweisen eingefordert würden.

Der Antrag selbst fordert die Abkehr von geschlechterneutralen Personenbezeichnungen beispielsweise in Vordrucken und die ausschließliche Verwendung des generischen Maskulinums in allen direkten Kommunikationsvorgängen des Landes mit den Bürgerinnen und Bürgern – auch in sozialen Medien und in der internen Kommunikation –, dies alles sei auch bei zukünftigen Gesetzesinitiativen zu berücksichtigen.

Nicht bemerkt wurde von den Antragstellern offenbar, dass die nordrhein-westfälische AfD selbst in unzähligen Veröffentlichungen von »Bürgerinnen und Bürgern« oder »Wählerinnen und Wählern« spricht. Wenn es um den eigenen Wahlerfolg geht, spricht man seine Wählerinnen also doch nicht mit »liebe Wähler« an, sondern so, dass diese sich auch wirklich angesprochen fühlen.

Im Deutschen Bundestag ist die AfD-Fraktion nach ihrem Einzug 2017 ebenfalls mit verschiedenen Anträgen und Anfragen zum Thema Sprache in Erscheinung getreten. Die Gesetzesinitiative zur Aufnahme von Deutsch als Landessprache ins Grundgesetz hatte ich ja schon in Kapitel 2 erwähnt. Der Antrag wurde Anfang März 2018 im Bundestag debattiert¹⁶⁴, der Gesetzentwurf selbst wurde vom Rechtsanwalt und VDS-Mitglied Stephan Brandner¹⁶⁵ vorgestellt – ausgerechnet von Stephan Brandner, der später aufgrund antisemitischer Ausfälle und Beschimpfungen als Vorsitzender des Rechtsausschusses abgewählt wurde, was einen bislang einmaligen Vorgang darstellt. Im Plenarprotokoll¹⁶⁶ ist sein Redebeitrag vermerkt. Hauptstrategie darin ist es, sich auf einflussreiche Politikerinnen und Politiker aus anderen Parteien zu beziehen, die etwas Zitierbares zur Besinnung auf die deutsche Sprache gesagt haben, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier etwa, Norbert Lammert, Monika Grütters, Paul Ziemiak – und auf den VDS-Vorsitzenden Walter Krämer. Die deutsche Sprache sei in Gefahr, sagt Brandner im Plenum des Bundestages, sie sei in Gefahr durch eine »Überflutung« mit Anglizismen, den »Englischwahn« an den Universitäten, den »vorausseilenden Gehorsam« zur Verwendung des Englischen in der Wirtschaft, das englischsprachige Publizieren in der Wissenschaft – sogar in der Germanistik! (Zwischenruf von Matthias Birkwald, Die Linke: »Ja, damit alle das verstehen!«) – und wegen der Zuwan-

derung. Und lange zitiert Brandner aus der Rede von Norbert Lammert, dem ehemaligen Bundestagspräsidenten, vom 11. November 2017 anlässlich der Verleihung des Kulturpreises Deutsche Sprache. Wir erinnern uns: Es ist jener Preis, den der VDS zusammen mit der Eberhard-Schöck-Stiftung vergibt, in deren Jury neben anderen der pensionierte Professor Helmut Glück und VDS-Chef Walter Krämer die Geschicke bestimmen, Helmut Glück sogar als deren Sprecher.

Beide kennt Brandner gut, traf er doch mit ihnen für mindestens zwölf lange Jahre, von Oktober 2006 bis Juli 2018, im Beirat der »Stiftung Deutsche Sprache« zusammen.¹⁶⁷ Diese vom VDS initiierte Stiftung hat das Ziel, ein »Haus der deutschen Sprache« aufzubauen, ist damit aber noch nicht sehr weit gekommen. Walter Krämer selbst fungiert als Vorsitzender des Stiftungsvorstands.¹⁶⁸ Den bereits erwähnten Brief an die Mitglieder sämtlicher Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Sender in Deutschland hat Krämer in dieser Funktion geschrieben. Auch Norbert Lammert gehört diesem Gremium an, und das auch schon in jenen Jahren, in denen der Rechtsanwalt Brandner beschloss, Politiker zu werden. 2013 wurde dieser zum Kreisvorsitzenden der AfD in seinem Thüringer Heimatkreis gewählt, seit September 2014 machte er als Mitglied der AfD-Fraktion des Thüringer Landtags Polit-Karriere, in jener Fraktion also, die bis heute von Björn Höcke geführt wird. Später wurde er stellvertretender Bundessprecher der AfD, Flügel-Mitglied¹⁶⁹, und seit September 2017 ist er Bundestagsabgeordneter. Warum Lammert nicht schon nach 2014 aus dem Beirat ausgeschieden ist, als spätestens klargeworden war, in welchem radikales Fahrwasser einige Mitglieder dieses Gremiums inzwischen geraten waren, bleibt eine bislang nicht beantwortete Frage.

glied jener »links-grün versiffen« Öko-Partei, wie sie dieses Milieu gern apostrophieren, bei sich veröffentlichen zu lassen. Auch Stolz spricht in der Beschreibung der VDS-Arbeitsgruppe von der »Identität des deutschen Volkes«, die als durch Sprache gegeben »unantastbar« sei. Und in einem Aufruf mit dem Titel »Gegen Hass und Gewalt! Für Debattenkultur« engagiert er sich 2019 nicht etwa gegen die oft genug von rechts kommende Hassrede, sondern für einen offeneren Umgang mit der – AfD.²⁰⁰

Was ist der VDS für die AfD?

All das belegt keineswegs eine enge organisationelle Verflechtung zwischen dem Verein Deutsche Sprache und anderen Parteien, insbesondere der AfD, und als eine von der AfD gesteuerte Vorfeldorganisation lässt der VDS sich wohl nicht bezeichnen. Es ist auch zu vermuten, dass viele Mitglieder politisch eher moderate Positionen vertreten und sich vor allem für die deutsche Sprache engagieren wollen. Selbst in manchen Leserbriefen in den »Sprachnachrichten« werden abwägende Stimmen laut, die die oft auch sprachlichen Auswüchse der verschiedenen vom Verein geführten Sprachkämpfe kritisieren.

Auf der anderen Seite gibt es unstrittig ein politisches Interesse der AfD an den Positionen, die der VDS vertritt. Warum das so ist, werden wir im nächsten Kapitel näher beleuchten. Dass aber diese Positionen im rechten Bereich des politischen Spektrums aufgegriffen wurden, hat sicherlich auch etwas damit zu tun, dass es mit dem VDS eine Organisation gab und gibt, die sie effektiv vertritt. Der VDS verknüpft über diese Positionen seine Mitglieder mit der AfD, die für diese Partei über andere Felder der Politik vermutlich oftmals weniger gut zu erreichen wären. Mit der immer wieder aufs Neue erfolgenden Berufung auf den VDS kann sich die AfD ein strategisches Reservoir

potenziell Sympathisierender erschließen, ohne dabei Themen adressieren zu müssen, mit der sie ein gemäßigtes Bürgertum eher abschrecken würde.

Aber auch die Führung des VDS hat einiges dazu beigetragen, ihre eigenen Mitglieder für eine neurechte Partei wie die AfD anschlussfähig zu machen. In der Zuspitzung, die oft genug bis zur Ausfälligkeit geht, hat der Vorsitzende des VDS, Walter Krämer, in der Debatte um die deutsche Sprache mit seinen Verlautbarungen und Artikeln einen Stil etabliert, der zuweilen wie eine Vorform dessen erscheint, was heute bei »Achse des Guten«, »Tichys Einblick« oder »Compact« zu lesen ist. In den Pressemitteilungen der AfD werden die gleichen Themen behandelt wie in denen des VDS, und meistens werden dabei sogar die vom VDS geprägten Formulierungen aufgegriffen.

In den sozialen Netzen oder in Leserbriefen kann man sehen, wie dieses Vorgehen Früchte trägt. Immer und immer wieder werden etwa in der FAZ Leserbriefe abgedruckt, in denen sprachkritische Artikel zustimmend aufgegriffen und in einen allgemeinpolitischen Zusammenhang gebracht werden. Es ist dann kein sehr weiter Weg beispielsweise von der Zuschreibung »ideologischer Verbohrtheit«, von »Unfug«, »lächerlichem Sprachgestammel« und Orwell'schem »Neusprech« zur Behauptung, dass »der Bevölkerung ein Sprachstil aufoktroiyert werden« soll, weil es nicht vorstellbar sei, dass öffentlich-rechtliche, durch »Zwangsbeiträge« finanzierte Sender »Sprechern eigenständig ›genderndes‹ Artikulieren zubilligen« würden, sondern dies nur nach dem »exzentrischen Willen einer ideologisierten Minderheit mit der willentlichen Unterstützung öffentlicher und von der Allgemeinheit finanzierter Institutionen« geschehen kann.²⁰¹

Auch die Vereinsstrategie, bei ihren Initiativen und Aktionen auf die öffentlichkeitswirksame Unterstützung von Poli-

tikerinnen und Politikern zu setzen, die vielleicht früher als andere erkannt haben, wie gut über das Thema der deutschen Sprache der noch verbliebene Teil eines konservativen Bürgertums zu erreichen ist, mag zur allgemeinen Politisierung der Vereinsanliegen beigetragen haben. Diese Politisierung ist es, die dem Verein das Spektrum potenzieller Mitglieder verengt, und mit ihr wird man sich längerfristig des Lebenselixiers eines beständigen Zustroms neuer, jüngerer und politisch moderater Mitglieder berauben.

Es ist also wohl nicht ganz falsch zu sagen, dass der VDS der AfD den Teppich dafür ausgerollt hat, das Thema »deutsche Sprache« als einen moderaten Ersatznationalismus etablieren zu können. Vielleicht war das so nicht gewollt, aber es ist schon genug Zeit verstrichen, um sich in der Sache und im Stil davon zu distanzieren. Geschehen ist das bislang nicht.

6 SPRACHKAMPF – IDENTITÄRE POLITIK MIT ANDEREN MITTELN

Die zentrale Frage bei der Betrachtung des durch die AfD geführten Sprachkampfs ist die, warum sie diesen überhaupt führt. Keine der anderen im Bundestag vertretenen Parteien sieht es offenbar als notwendig an, sich auf dem Feld der Sprachpolitik zu profilieren, ja sich überhaupt derartige Ziele zu setzen. Ist der AfD so sehr an der deutschen Sprache gelegen, dass sie ganz uneigennützig dieses Kulturgut schützen und fördern möchte?

Kulturelle »Identität« – Patriotismus für das Bildungsbürgertum

Die AfD selbst gibt an verschiedenen Stellen eine Antwort auf diese Frage. Zwar wird in ihrem Antrag²⁰² auf Änderung des Grundgesetzes zur Aufnahme des Deutschen als Landessprache das Wort »Identität« vermieden und lediglich an einer Stelle von »gemeinschaftlicher Identifikation« gesprochen. In ihrem Grundsatzprogramm²⁰³ jedoch kommt der Begriff gleich zehn Mal vor, etwa in der Präambel des Kapitels »Kultur, Sprache und Identität«:

Kultur ist [...] die zentrale Klammer, in der sich auch ein neues Politikverständnis sehen muss. Unser aller Identität ist vorrangig kulturell determiniert. Sie kann nicht dem freien Spiel der Kräfte ausgesetzt werden. Vielmehr soll ein Bewusstsein ge-

stärkt werden, welches kulturelle Verbundenheit wahrnimmt, fördert und schützt. Für die AfD ist der Zusammenhang von Bildung, Kultur und Identität für die Entwicklung der Gesellschaft von zentraler Bedeutung. (S. 91)

In diesem Abschnitt wird deutlich, welche zentrale Position der Begriff der Identität im Politikverständnis der AfD einnimmt. Kultur bestimmt die gemeinsame Identität, und die deutsche Sprache ist ein wesentlicher Teil davon, wie es im Unterabschnitt »Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität« heißt (S. 93):

Unsere Kultur ist untrennbar verbunden mit der über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Sprache. Diese spiegelt auf vielfältigste Weise die Geistesgeschichte, das Selbstverständnis dieses Raumes in der Mitte Europas und die Werthaltungen der Deutschen wider, die sich zwar stets verändern, aber dennoch einen einzigartigen Kernbestand aufweisen.

Bereits zuvor wurde ausgeführt, worin die Bedrohung besteht (S. 92):

Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit.

In ähnlicher Weise stellt diese sprachpolitische Intention auch das damalige VDS-Beiratsmitglied Johannes Heinrichs bei seinem Hauptvortrag auf der Delegiertenversammlung des Vereins 2011 in Landshut heraus:

[Wir] müssen die einseitig sprachpflegerische Haltung und den binnenphilologischen Horizont zugunsten der [sic] sprachpoli-

tischen Bewusstseins und Zielsetzung aufgeben und das Problem der kulturellen Identitäten sehen, also der kulturellen Gemeinschaften, sofern sie sich durch das Medium der Sprache definieren.²⁰⁴

An anderer Stelle in seinem Vortrag heißt es:

Ein Kulturvolk, das seine Wissenschaft nicht mehr in seiner eigenen Sprache betreiben kann, gibt sich in seiner kulturellen Identität auf. [...] Es geht heute um Sprache als Medium kultureller Identität.

Sprache ist danach nicht einfach nur ein Kommunikationsmittel, sondern kodiert und bewahrt eine kulturelle Prägung. Das »Selbstverständnis« des »Raumes in der Mitte Europas« und die »Werthaltungen der Deutschen«, wie es die AfD schreibt, bilden zusammen mit der deutschen Sprache nach dieser Auffassung zwei Seiten ein und derselben Medaille. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass man die deutsche Kultur nur erfassen kann, wenn man außer der Sprache auch das besagte Selbstverständnis und die Werthaltungen teilt. Sprache allein genügt also nicht, um der deutschen Eigentlichkeit teilhaftig zu werden. In einer Zeit, in der Begriffe wie »Nation« oder »Volk« (und erst recht »Rasse«) als verdächtig erscheinen, erweist sich ein in dieser Weise ethnokulturell aufgeladener Sprachbegriff somit als geeignet, die als notwendig angesehene Abgrenzungsfunktion zu übernehmen.

In kaum noch zu übertreffender Knappheit wird diese Haltung anlässlich der neuen Duden-Ausgabe vom Parlamentarischen Geschäftsführer der baden-württembergischen Landtagsfraktion Anton Baron im August 2020 in einem Tweet zum Ausdruck gebracht:²⁰⁵

Sollte der Genderstern Teil der amtlichen Rechtschreibung sein?

Zu diesem Thema sollte auch der Rat für deutsche Rechtschreibung eine eigene Position entwickeln. Dabei kann es natürlich nicht darum gehen, das Gendern mit dem Genderstern »anzuordnen« oder auch nur zu empfehlen. Der Rechtschreibrat trifft überhaupt keine Aussagen zu der *Verwendung* von Sprache.²¹⁵ Er hat vielmehr zwei Möglichkeiten: Er könnte, erstens, das Problem auf seinen orthografischen Kern reduzieren, nämlich auf die Frage, ob innerhalb eines Wortes das Sternzeichen, der Asterisk, auftreten darf. Es gibt auch einige andere Zeichen, die gelegentlich in Wörtern auftreten, aber vom amtlichen Regelwerk²¹⁶ bislang nicht erfasst werden: die runden Klammern bei der Bildung von Wortvarianten zum Beispiel. Ein Satz wie »Diese Themenlinie(n) soll(en) im Eingangskapitel erläutert werden« entspricht deshalb derzeit gleich an zwei Stellen nicht dem amtlichen Regelwerk. Auch der Genderstern würde bei einer Erweiterung der Regeln für die wortinterne Zeichensetzung also auf seinen orthografischen Kern reduziert.

Eine zweite Möglichkeit der Handhabung im Bereich der Rechtschreibung besteht darin, die Verwendung des Gendersterns überhaupt nicht als eine *orthografische* Frage anzuerkennen, sondern ihn dem Bereich der Typografie zu überantworten. Zwar tritt der Genderstern in Wörtern an Positionen auf, die durch die Wortstruktur vorgegeben sind, was als ein Indiz für seine orthografische Relevanz gewertet werden könnte. Allerdings würde er als einziges orthografisches Zeichen hinsichtlich seiner Bedeutung über den Bereich des Sprachlichen hinausweisen, wenn er als Teil der Rechtschreibung anerkannt wäre. In der Typografie hingegen kommen diverse Zeichen und Darstellungsweisen zur Anwendung, die

außersprachliche Bedeutung konstituieren und nicht durch die Rechtschreibung erfasst werden. Besonders eingängige Beispiele dafür sind die verschiedenen Schrifttypen, die zwischen »Gotisch Fraktur« und »Futura« höchst unterschiedliche Einordnungen in außersprachliche Referenzsysteme bewirken.

Die Abgrenzung von Typografie und Orthografie ist nicht ganz einfach vorzunehmen. Im Bereich von Produktnamen gibt es diverse Erscheinungen, bei denen wegen der typografischen Wirkung systematisch gegen Rechtschreibregeln verstoßen wird, mit der Binnenmajuskel wie in »BahnCard« etwa. Weitere nicht durch Regeln erfasste Schreibungen sind in Fachsprachen zu finden. Auch die Zeichensetzung wird im typografischen Zusammenhang zuweilen bewusst regelwidrig eingesetzt, insbesondere durch Auslassung. Auf Buchumschlägen und Filmplakaten finden sich Schreibungen wie »Der Mann der zuviel wusste« (Auslassung des Kommas) oder »Der Baa der Meinhof Komplex« (Auslassung von Bindestrichen), die oftmals als Zugeständnisse an den spezifischen Lesefluss bei Titeln oder an das Textlayout zu erklären sind. Analog zur besonderen Symbolik des Gendersterns werden aber auch durch Emojis außersprachliche Funktionen wahrgenommen. Ähnlich sind der Stern zur Kennzeichnung des Geburtsdatums und das Kreuz für das Sterbedatum zu deuten. Bei all diesen Erscheinungen gibt es kaum eine Diskussion darüber, ob sie durch Rechtschreibregeln erfasst werden sollten oder nicht.

Ich meine deshalb, dass der Genderstern als eine zwar rechtschreibungsrelevante Erscheinung der Typografie zu verstehen ist, jedoch nicht zum Kernbereich der Orthografie gehört. Wie auch bei den anderen Erscheinungen dieser Art müssen bei der Verwendung der typografischen Möglichkeit des Gendersterns gewisse Eigenschaften der Sprachstruktur beachtet werden, um diesen korrekt zu setzen. Trotzdem handelt es sich

NACHWORT

Dieses Buch ist in gewisser Hinsicht eine Fortsetzung meines letzten Buchs »Digital und vernetzt. Das neue Bild der Sprache« von 2018, denn dort geht es am Ende bereits um die politischen Auswirkungen, die das Bild, das sich eine Gesellschaft von der Sprache macht, haben kann. Auch in meinem Blog »Die Engelbart-Galaxis« bei den SciLogs von »Spektrum der Wissenschaft« habe ich mich in den letzten Jahren mit Themen befasst, die in diesem Buch zu finden sind. Gelegentlich habe ich auf diese Blogbeiträge zurückgegriffen und Teile davon in überarbeiteter Form in dieses Buch aufgenommen.²²²

Definitiv *nicht* ist dieses Buch jedoch eine offizielle Veröffentlichung des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache, das ich als Wissenschaftlicher Direktor und Vorsitzender des Vorstands leite. Dies kommt nicht nur darin zum Ausdruck, dass es nicht in einer der Reihen dieses Instituts erschienen ist, sondern auch in der Tatsache, dass ich es außerhalb dieser beruflichen Tätigkeit ausschließlich an Wochenenden und Urlaubstagen geschrieben habe. Falls also jemand mit den in diesem Buch dargestellten Sachverhalten nicht einverstanden sein sollte, so kann er zumindest nicht behaupten, dass dafür Steuergelder aufgewendet wurden.

Ich danke meiner Frau Antje Lobin sehr dafür, dass sie mich mit dieser Art der Freizeitgestaltung gewähren ließ.

Glücklicherweise fiel diese oft genug mit der ihren zusammen, die darin bestand, zusammen mit Eva-Tabea Meineke ein voluminöses Standardwerk zur italienischen Sprache, Literatur und Kultur herauszugeben, das »Handbuch Italienisch« im Erich Schmidt Verlag. Dieses erscheint ebenfalls im Jahr 2021, und es sei allen, die sich nicht nur für Sprachkämpfe, sondern auch für Italien interessieren, sehr ans Herz gelegt. Zugleich war sie wie immer meine erste und liebste Leserin, der ich nicht nur viele wertvolle Hinweise zum Text selbst zu verdanken habe, sondern in unzähligen Gesprächen auch den Vergleich der hier geschilderten Verhältnisse mit denen in Italien und Frankreich, die sie selbst kontinuierlich verfolgt und für die sie eine der besten Kennerinnen ist.

Gespräche zu den hier behandelten Themen habe ich in letzter Zeit sehr viele geführt, für die ich allen Beteiligten hier zusammenfassend danken möchte. Ganz besonders möchte ich meinen Kollegen Christian Mair von der Universität Freiburg und Manfred Krifka vom Leibniz-Zentrum für Allgemeine Sprachwissenschaft danken. Beide hatten mir 2019 kurz hintereinander die Gelegenheit gegeben, einige von den Gedanken, die ins vorliegende Buch eingeflossen sind, in Vorträgen in Freiburg und Berlin vor einem größeren Auditorium zur Diskussion zu stellen. Der Leiterin der Dudenredaktion Kathrin Kunkel-Razum bin ich für den Vorschlag dankbar, ausgehend von diesen Vorträgen ein Buch zum Thema zu schreiben und in ihrem Verlag zu veröffentlichen. Annette Trabold, Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit des IDS, hat das fertige Manuskript gelesen und einige wichtige Hinweise gegeben, wofür ich ihr ebenfalls sehr dankbar bin.

PERSONENVERZEICHNIS

- Adam, Konrad 83
Adler, Astrid 62
Ammon, Ulrich 29
- Baron, Anton 127 f.
Bednarz, Liane 65
Behaghel, Otto 23
Beigang, Maxi 66
Birkwald, Matthias 100
Böckelmann, Frank 60
Böhm, Wilfried 118, 119
Boie, Kirsten 78
Bolz, Norbert 60
Brandner, Stephan 26, 100 f., 102, 117
Bush, George W. 11
- Clausewitz, Carl von 136
- Däubler-Gmelin, Herta 11
Diewald, Gabriele 50
Duhamel, Roland 74
- Ehlich, Konrad 83
Eisenberg, Peter 49, 83
- Franz I. 94
Friedrichs, Hanns-Joachim 64
Fukuyama, Francis 131
- Gauland, Alexander 41
Glück, Helmut 49, 83, 101
Cögel, Bernd 107-109
Cöttert, Karl-Heinz 74, 93, 128 f.
- Cötze, Alfred 23
Grimm, Jacob 23, 61
Grimm, Wilhelm 23, 61
Grütters, Monika 100
Gunsch, Elmar 74
- Habeck, Robert 14
Habsburg, Otto von 74
Hahne, Peter 74
Hallervorden, Dieter 74
Heinrichs, Johannes 126 f.
Hendricks, Barbara 27
Hirche, Walter 119
Hitzfeld, Otmar 74
Hochhuth, Rolf 83
Höcke, Björn 101
Hoof, Thomas 74
Hornscheid, Lann 92
- Jongen, Marc 102
- Klatte, Holger 79
Kleber, Claus 64, 84
Kohl, Helmut 34
Kopp, Lothar 60
Kotthoff, Helga 45, 51
Krämer, Walter 25, 26, 58, 71, 73, 75-82, 100 f., 118, 123
Kramer, Nikolaus 105-107
Kraus, Josef 27, 35, 36, 58, 63, 82, 97
Krautkrämer, Felix 40
Kretschmann, Winfried 80
Kuhla, Eckhard 60
Kunze, Reiner 60

- Lafontaine, Oskar 119
 Lammert, Norbert 25, 100 f., 118
 Lange-Müller, Katja 62
 Lengsfeld, Vera 74
 Lewitscharoff, Sibylle 62
 Lindenberg, Udo 83
 Linke, Angelika 89
 Luther, Martin 22
- Maaßen, Hans-Georg 11 f.
 Mangold, Anna Katharina 55
 Markwort, Helmut 60
 Maron, Monika 58, 84
 Matussek, Matthias 74
 Merkel, Angela 12, 13, 26, 28
 Mertens, Sabine 59
 Meuthen, Jörg 57
- Niggemeier, Stefan 70
 Niehr, Thomas 14, 69
 Nübling, Damaris 45, 47, 49, 51
- Öttinger, Günther 29
 Olderdissen, Christine 65
 Orwell, George 34, 35, 98, 123
 Otte, Max 74
- Paulwitz, Thomas 27, 30
 Plewnia, Albrecht 62
 Poggenburg, André 12
 Polenz, Peter von 83
 Pusch, Luise 66
 Putina, Ludmilla 83
- Reichmann, Oskar 83
- Reissen-Kosch, Jana 14
 Ritter, Peter 105 f.
- Schäfer, Helmut 118
 Schirrmacher, Frank 83
 Schloemann, Jan 63
 Schmid, Thomas 63
 Schmidt, Martin Louis 96 f., 120 f.
 Schmidt-Rohr, Georg 129 f.
 Schmoll, Heike 33, 82 f.
 Schneider, Wolf 58, 70
 Schulz, Martin 41
 Schunke, Anabel 60
 Schwenke, Mignon 106
 Seehofer, Horst 12
 Seibt, Gustav 83
 Seville, Astrid 14
 Sick, Bastian 74
 Stadelmaier, Gerhard 82 f.
 Stefanowitsch, Anatol 25, 27, 63, 90
 Steimle, Uwe 74
 Steinhauer, Anja 50
 Steinmeier, Frank-Walter 100
 Stephan, Cora 74
 Stolz, Rolf 121 f.
 Stukenbrock, Anja 87, 137 f.
- Tangermann, Geli 65
 Thierse, Wolfgang 119
 Trenkler, Götz 73
- Voslamber, Dietrich 117
- Walker, Klaus-Eckhard 119-121
 Wedel, Dieter 74

Weidel, Alice 41, 97 f.
Weinrich, Harald 74
Weisgerber, Leo 24
Weiß, Daniel 54
Wende, Waltraud »Wara« 118
Wendt, Alexander 64
Westerwelle, Guido 29
Will, Anne 65, 66, 79 f.

Ziemiak, Paul 100
Zöllner, Jürgen 119

Wie lässt sich Faschismus im digitalen Zeitalter denken?



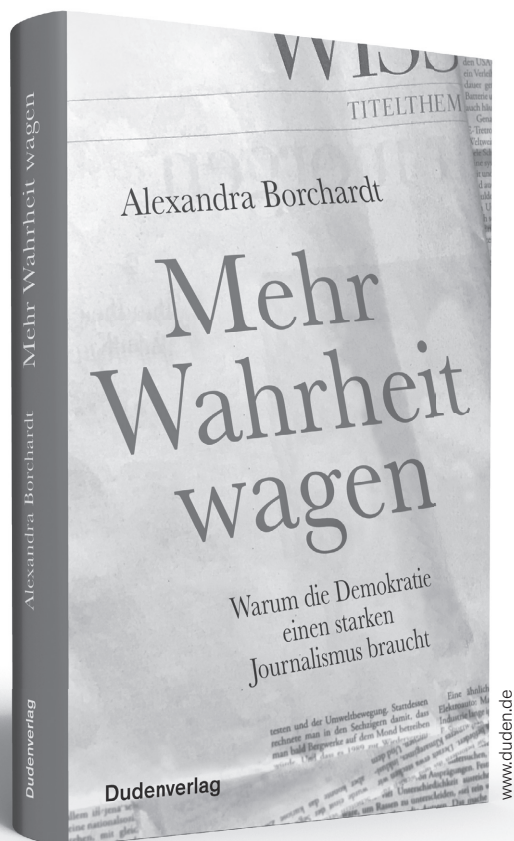
Maik Fielitz, Holger Marcks

Digitaler Faschismus

256 Seiten. Klappenbroschur

ISBN 978-3-411-74726-9

Warum die Demokratie einen starken Journalismus braucht



Alexandra Borchart

Mehr Wahrheit wagen

224 Seiten. Hardcover mit Schutzumschlag

ISBN 978-3-411-74725-2

© Duden 2021 D C B A

Bibliographisches Institut GmbH, Mecklenburgische Straße 53, 14197 Berlin

Redaktion Dr. Kathrin Kunkel-Razum

Herstellung Alfred Trinnes

Satz L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde

Umschlaggestaltung sauerhöfer design, Neustadt

Druck und Bindung CPI books GmbH, Birkstraße 10, 25917 Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-411-74004-8

Auch als E-Book erhältlich unter: ISBN 978-3-411-91385-5

www.duden.de

